

Biosprit – mit Vollgas gegen die Einbahn!

Pressekonferenz
19. Juli 2007

mit

Petra Bayr, SPÖ Bereichssprecherin für Umwelt und Globale Entwicklung

Die Verwendung von Biosprit, Bioethanol oder ganz allgemein **Biokraftstoffen** gilt als der alternative Ansatz zur Verwendung von fossilen Brennstoffen und damit einerseits als Loslösung von der Abhängigkeit vom Mineralöl und andererseits als Wunderwaffe gegen den Klimawandel.

Tatsächlich wirft dieser neu eingeschlagene Weg aber eine Unzahl von in ihrem Ausmaß noch gar nicht richtig abschätzbaren **Problemen** auf, und zwar sowohl im Klimaschutz, als auch im Bereich der Menschenrechte.

Vorteile von Treibstoffen agrarischen Ursprungs:

- bei der energetischen Nutzung von Mais, Palmöl, Soja etc. wird rechnerisch nicht mehr Kohlendioxid freigesetzt, als zuvor während des Wachstums in den Pflanzen gebunden wurde, sofern sie nachhaltig angebaut wurden.
- Sie reduzieren die Abhängigkeit von Mineralöl, das oft aus politisch instabilen Regionen kommt und überdies knapp wird.
- Sie generieren Einkommen in der Landwirtschaft.

Nachteile:

- Obige Berechnung lässt bei der CO₂-Bilanz unter anderem Düngemittel, Pestizide, Bewirtschaftung, Verarbeitung, Transport und Schaffung zusätzlicher landwirtschaftlicher Flächen (z.B. auf Kosten des CO₂-Speichers Regenwald) außer Betracht. Biotreibstoffe sind also in der Regel keineswegs CO₂-neutral.
- Anbauflächen sind in den Industrieländern nicht ausreichend vorhanden (Österreich besitzt Anbauflächen für max. 20% des Bedarfs), der Rest muss importiert werden. In Indonesien und Brasilien finden großflächige Rodungen für den Anbau statt und wegen der hohen Nachfrage ist Mais und Soja für viele Menschen als Grundnahrungsmittel nicht mehr erschwinglich, und zwar genau dort, wo die Ernährungslage ohnedies prekär ist, nämlich in den Entwicklungsländern.
- Die Internationale Energieagentur (IEA) kritisiert hohe **Subventionen** für Biosprit: Programme zur Herstellung von tankbarem Alkohol aus Pflanzen wie Mais kosten viel und brauchen daher hohe Subventionen – Nutzen für die Umwelt „fragwürdig“

Klimarelevanz:

- Um Holz und Land für den Anbau von Ölpalmen zu gewinnen, werden in Indonesien Jahr für Jahr laut einer Studie aus 2006 von Wetlands International und Delft Hydraulics durch (größtenteils absichtlich gelegte) **Torf- und Waldbrände** etwa 1.400 Mio. Tonnen CO₂ freigesetzt. Das entspricht dem Fünffachen jener Menge Treibhausgas, welche die Industriestaaten laut Kioto-Protokoll bis 2012 zum Basisjahr 1990 reduzieren sollen. Indonesien ist auf diese Weise zum weltweit zum drittgrößten THG-Emittenten hinter den USA und China geworden. Ein Viertel der 6,5 Mio Hektar Ölpalmlplantagen liegt auf Torfböden – werden diese trocken gelegt, emittieren sie massenhaft CO₂ freizusetzen. Die indonesische Regierung hat kürzlich gestattet, weitere 6,5 Mio. Hektar Plantagen zu erreichen, von denen die Hälfte von Torfgebieten angelegt werden sollen. Eine Tonne Agrardiesel aus Palmöl von einer solchen Fläche erzeugt 10 bis 30 Tonnen CO₂ und damit bis zum 10fachen dessen, was bei der Verbrennung einer Tonne Diesel aus Mineralöl frei gesetzt wird.
- Hartmut Michel, Nobelpreisträger für Chemie: Einsatz von Biosprit unter **Umweltgesichtspunkten "extrem negativ"**: Die in der EU bestehende Pflicht zur Beimischung in herkömmliche Kraftstoffe sollte wegen ihrer Auswirkungen auf die Regenwälder sofort abgeschafft werden. Die Herstellungskosten von Biosprit in Europa seien mit denen in der Dritten Welt nicht vergleichbar. Deshalb sei die EU gezwungen, etwa Palmöl z.B. aus Indonesien einzuführen. Bei der Brandrodung werde soviel Kohlendioxid freigesetzt, dass es mehr als hundert Jahre brauche, um dieses Kohlendioxid wieder zu binden. Das gleiche gilt für Importe von Biodiesel auf Basis von Sojabohnen aus Brasilien.

Die **Internationale Energie Agentur** IEA nimmt eine Verzehnfachung des weltweiten Agrarkraftstoffverbrauches zwischen 2004 und 2030 an. Dies brächte bis 2030 vermiedene Emissionen von 1.700 bis 4.400 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent.

Die Herstellung dieser Menge an Agrarkraftstoffen bedingt die Ausweitung der Anbauflächen um 30 bis 60 Millionen Hektar.

Die Emissionen durch Entwaldung von 1 Mio. Hektar Regenwald im Amazonas betragen nach UNEP 400 bis 700 Millionen Tonnen CO₂.

Gerechnet mit den unteren Grenzen:

30 Mio. ha x 400 Mio. t = 12.000 Mio. t Emissionen durch Entwaldung bei gleichzeitiger Ersparnis von 1.700 Mio. t CO₂

= Positivsaldo von 10.300 Mio. t bzw. 10,3 Milliarden Tonnen CO₂

Gerechnet mit oberen Grenzen:

60 Mio. ha x 700 Mio. t = 42.000 Mio. t Emissionen durch Entwaldung bei gleichzeitiger Ersparnis von 4.400 Mio. t CO₂

= Positivsaldo von 37.600 Mio. t bzw. 37,6 Milliarden Tonnen CO₂

Weltaqramarkt:

- Der Biokraftstoff-Boom zeigt laut OECD massive Auswirkungen auf den **Weltaqramarkt** – anhaltend hohe Preise für die nächsten 10 Jahre – „Agricultural Outlook“ der OECD und FAO: „grundlegenden Verschiebungen auf den Weltaqramärkten“ – arme Bevölkerung in den Städten wird die Folgen spüren – erwarten für EU, dass Produktion von Ölsaaten, vor allem Raps, bis 2016 von 10 auf 21 Millionen Tonnen erhöhen wird. In den USA dürfte sich die Jahresproduktion von Ethanol auf Maisbasis zwischen 2006 und 2016 verdoppeln. Brasilien: Berechnungen, dass die jährliche Ethanolproduktion in knapp 10 Jahren rund 44 Milliarden Liter erreichen wird, gegenüber den heute 21 Milliarden. Prognosen für China: wird Ethanolproduktion im gleichen Zeitraum um 2 Milliarden auf 3,8 Milliarden Liter im Jahr hochfahren – allerdings Moratorium in China.
- Die Unterstützung der EU für den Anbau von Pflanzen zur Herstellung von Biosprit ist aus ökologischer Sicht sinnlos. Die Subventionen dafür führen lediglich zu **Einkommenserhöhungen in der Landwirtschaft** (wohl auch Hauptgrund in Österreich).

Nahrungsmittel

- UN-Gesandter Jean Ziegler meint, der Biosprit-Einsatz könnte große **Hungersnöte** auslösen - bezichtigt Industriestaaten der Heuchelei - Recht auf Nahrung durch den Ausbau der Produktion von Biosprit hochgradig gefährdet - "Den Preis dafür werden vielleicht hunderttausende Menschen bezahlen, die deswegen verhungern." In einigen Regionen Mexikos seien die Maispreise im vergangenen Jahr bereits um 16 Prozent gestiegen. Im Norden und Osten Brasiliens werden zur Ethanol-Produktion immer mehr Zuckerrohrplantagen angelegt. Dadurch bleibt den Kleinbauern dort immer weniger Land. Die verschuldeten Länder wollen Devisen einnehmen, vom Standpunkt des Rechts auf Nahrung aus gesehen, ist dies jedoch eine Katastrophe.
- 800 Millionen Menschen leiden weltweit an Unterernährung. Grund dafür ist vor allem ein zu geringes Einkommen, um sich **Lebensmittel leisten** zu können und kaum der Mangel an Nahrung. Werden Agrarprodukte durch die Konkurrenz mit dem Welt-Öl-Markt teurer, dann ist zu befürchten, dass bald noch mehr Menschen chronisch unterernährt sein werden, weil Nahrung für sie unerschwinglich wird. Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang ist die Konkurrenz um das **Wasser**, das für das Wachstum der Treibstoff-Pflanzen notwendig ist und dann noch weniger als das Grundnahrungsmittel schlechthin für die armen Menschen zur Verfügung stehen wird.

Menschenrechte:

- Aufgrund des enorm steigenden Platzbedarfes werden – vor allem indigene – Menschen von ihrem Land vertrieben und enteignet und verlieren ihre bislang gemeinschaftlichen Felder ihre **Lebensgrundlage**. Durch die Zerstörung des Regenwaldes gehen überlebenswichtige Ressourcen wie Nahrung, Baumaterialien und Medizin verloren. Viele bisherige BewohnerInnen werden in **sklavenähnlichen Verhältnissen** dazu gezwungen, auf den neu entstandenen Plantagen oder in den Fabriken zur Gewinnung von Agrartreibstoffen zu schuften.

Ausbeutung, Kinderarbeit, der ungeschützte Einsatz von Giften und Pestiziden, absolute Verelendung und Marginalisierung sind Begleiter dieser Prozesse, die oft von paramilitärischen Einheiten mancher Staaten forciert werden.

Sonstige Umweltauswirkungen:

- Neben den USA und Europa bauen vor allem Brasilien, Argentinien, Kolumbien und Malaysia Biosprit in **Monokulturen** an. Indonesien gehört mit zu den Ländern, die heute schon die negativen Auswirkungen zu spüren bekommen. Das Land soll mit großflächigen Palmölkulturen nicht nur einen Teil des Biospritbedarfs der EU sichern, sondern auch den des boomenden China. Chinas größter Treibstoffkonzern hat im Januar dieses Jahres 5,5 Milliarden Dollar in die Palmölerzeugung in Indonesien investiert und will damit den Energiehunger der wachstumsstärksten Volkswirtschaft absichern. Für viele Bauern bedeutet der Anbau schon heute den Verlust ihrer Existenzgrundlage.
- Neben dem Verlust der **Biodiversität** kommt es auch oft zum Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen, von denen man sich höhere Erträge oder leichtere Verarbeitung erwartet. Das unkontrollierte Einkreuzen der GMO in Wildpflanzen ist unvermeidbar, die Folgen für die einheimische Bevölkerung und ihre Lebenssituation nicht absehbar.

Österreichische Handlungsoptionen:

- Einführung eines EU-weites **Zertifizierungssystem** für Agrar-Kraftstoff-Anlagen. Damit soll vermieden werden, dass ganze Landstriche in Entwicklungsländern abgeholzt werden, um den Rohstoff für Agrartreibstoff zu liefern. Bei der Zertifizierung muss auch die Landnutzungs-Änderung beachtet werden, das heißt die Verdrängung anderer Anbauflächen etwa für Viehzucht, die nun auf abgeholzten Regenwald ausweicht. Es darf zu keinem Verlust an **Biodiversität** und zu keinem Einsatz von **gentechnisch** veränderten Saaten kommen. **Nachhaltiger Anbau** von Pflanzen für Treibstoffe beinhaltet auch eine bessere energetische Verwertung, keine ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, keine Enteignung von Grund und Boden und die Koexistenz von Nahrungsmitteln. Nur wenn diese ausreichend und preiswert vorhanden sind, dürfen Pflanzen für die Treibstoffproduktion angebaut werden.
- Landwirtschaftliche Konzeptionen in den Entwicklungsländern müssen vor allem der **Ernährungssicherheit** der einheimischen Bevölkerung dienen und dürfen nicht unter der Kuratel der Agroindustrie-Konzerne und ihrer Profitlogik stehen.
- Das **Zellulose-Verfahren** (also die Verwendung der gesamten Pflanze, auch der Ernterückstände, auch jener Pflanzen, die auch kargen Boden wachsen) ist weiter zu erforschen und zu forcieren. Die Energieausbeute ist so steigerbar und die Konkurrenz zu den Nahrungsmitteln nimmt ab.
- Die Benennung von Agrartreibstoffen als „**Biosprit**“ oder ähnliches soll nicht suggerieren, dass mit der Herstellung davon keine schwerwiegenden ökologischen Probleme verbunden wären.
- Mittelfristig sind gangbare Alternativen zum jetzigen **Mobilitätsverhalten** der Menschen anzubieten: der öffentliche Verkehr ist zu attraktivieren und es soll eine wirkliche Wahlmöglichkeit geben.

- Forschung in neue **Antriebstechniken** unterstützen – dazu ist der Klima- und Energiefonds ein mögliches Mittel. Die Effizienz von Verbrennungsmotoren ist zu steigern, Alternativen zu Diesel- und Otto-Motor zu entwickeln. Gas- und Hybridautos sind zu fördern, Spritfresser nicht.
- **Kostenwahrheit** und Wirtschaftlichkeit der Agrar-Treibstoffe schaffen: die Ethanolproduktion in Brasilien braucht einen Ölpreis von 30-35 USD pro Barrel, die aus Mais in den USA einen Barellpreis von 54 USD, um konkurrenzfähig zu sein. Mit gesetzlichen Beimischungsvorgaben lässt sich momentan ungeachtet der Wirtschaftlichkeit ein Markt für Agrar-Kraftstoffe mit künstlich hohen Preisen schaffen, was problematisch ist.
- **Subventionen** von Agrar-Kraftstoffen müssen an jene Nachhaltigkeits-Kriterien geknüpft sein, wie sie im Kioto-Protokoll festgehalten ist.
- Überdenken des **10%-Beimischungszieles** auf EU-Ebene, eventuell Moratorium, bis ein weltweites Zertifikate-System funktioniert.
- Den **CO₂-Ausstoss** von PKW in der EU mit 120g/km beschränken.
- Alle anderen klimapolitischen Maßnahmen sind auszuschöpfen, siehe dazu die Empfehlungen des Umwelt Bundes Amtes im 8. **Umweltkontrollbericht**.